



Frankfurter Allgemeine

Dossier 23

4/2024

NATO

Zukunft der Allianz

Kann die NATO
unsere Zukunft
verteidigen?
Seite 4

Der neue NATO-
Generalsekretär
Mark Rutte
Seite 11

Wie EU und NATO
auf Trumps Wahlsieg
reagieren
Seite 16

Die Sorge der Nach-
richtendienste vor
dem Bündnisfall
Seite 25

Im Inneren tickt
eine Zeitbombe
Seite 36

Die Logistik an der
Ostflanke ist eine
Herausforderung
Seite 42

4,50 Euro

FAZ.NET

ISBN: 978-3-89843-607-6

Inhalt

Editorial von Berthold Kohler	3
Kann die NATO unsere Zukunft verteidigen?	4
"Mein Name ist Mark, ich bin neu hier"	11
Schon ist von drei Prozent die Rede	13
Freundliche Worte, drohender Unterton	16
Warum zögert ihr noch?	18
In der Türkei wächst das Ansehen der NATO.....	23
Der Kreml ist der Gegner	25
Weg von der "Bonsai-Verteidigung"	28
Alle spielen mit im NATO-Musical	30
Eine neue Waffe, die Moskau treffen könnte	33
Deutschlands Lebensversicherung	36
Der Sonderweg des Kanzlers	38
Der lange Marsch.....	42

Impressum

Frankfurter Allgemeine Dossier
eMagazin der Frankfurter Allgemeinen Zeitung

Verantwortlich: Carsten Knop

Redaktion und Gestaltung: Birgitta Fella, Christopher Herstell

Projektleitung: Olivera Kipic (Leiterin Frankfurter Allgemeine Archiv und Rights Management)

Autoren: Friederike Böge, Thomas Gutschker, Lorenz Hemicker, Mona Jaeger, Berthold Kohler, Stefan Locke, Stephan Löwenstein, Majid Sattar, Konrad Schuller, Julian Staib, Michaela Wiegel

F.A.Z.-Grafiken: Nicole Gomes Rodrigues, Nina Hewelt

Titelbild und Abbildungen: Adobe Stock stock.adobe.com, S. 4 nanomanpro - stock.adobe.com, S.38 katatonia - stock.adobe.com

Produktion: F.A.Z.-Research

Anschrift: Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Pariser Straße 1, 60486 Frankfurt am Main

Geschäftsführung: Thomas Lindner (Vorsitzender), Dr. Volker Breid

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main, 2024. Alle Rechte vorbehalten.
Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für Inhalte des Frankfurter Allgemeine Dossiers unter www.faz-rechte.de.
Kontakt: nutzungsrechte@faz.de

Editorial

Totgesagte leben länger, hieß es schon in der Antike. Der Satz bewahrheitet sich auch im Fall der NATO. Vor fünf Jahren hatte ihr der französische Präsident Macron attestiert, den Hirntod erlitten zu haben. Doch dann griff der russische Präsident Putin zum Elektroschockgerät und belebte mit seinem Überfall auf die ganze Ukraine das atlantische Verteidigungsbündnis wieder. Dessen meiste Mitglieder – auch die NATO ist nicht frei von Gegensätzen und Partikularinteressen – teilen die Einschätzung, dass der russische Eroberungsdrang nicht erlöschen würde, wenn der Kreml seine Kriegsziele in der Ukraine erreichte. Sie fürchten, dass der Moskauer Neoimperialismus danach weitere frühere Sowjetrepubliken und Satellitenstaaten ins Visier nähme, die nach dem Zerfall der Sowjetunion aus freien Stücken der EU und der NATO beigetreten waren. Nach dem Überfall auf die Ukraine schlossen sich auch noch die lange bündnislosen Staaten Finnland und Schweden an.



Um Putin von einem Angriff auf das NATO-Gebiet abschrecken zu können, folgen die Mitglieder des Bündnisses der ebenfalls schon im alten Rom bekannten Empfehlung „si vis pacem para bellum“ – wenn du Frieden willst, bereite den Krieg vor. Die meisten europäischen Mitglieder des Bündnisses wenden inzwischen zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für ihre Verteidigung auf, was die NATO schon seit vielen Jahren verlangt; Deutschland schafft das 2024 erstmals. Angesichts der massiven Aufrüstung Russlands, die mit einer langfristigen Umstellung auf Kriegswirtschaft einhergeht, werden die NATO-Staaten nicht bei der Zwei-Prozent-Marke stehen bleiben können, auch wenn das in allen Ländern die Frage aufwirft, woher die Mittel dafür kommen sollen.

Es ist freilich nicht Putin allein, der den Druck auf die Europäer erhöht, mehr für ihre Verteidigung zu tun. Der amerikanische „president-elect“ Trump hat schon damit gedroht, aus der NATO auszutreten, wenn die Europäer nicht ihre „Rechnungen“ bezahlten. Die Abwendung Amerikas aber wäre der GAU: Das Bündnis mit der Supernuklearmacht ist das Rückgrat der europäischen und ganz besonders der deutschen Sicherheitspolitik. Deutschland muss daher angesichts der neuerlichen Bedrohung aus dem Osten für Freiheit und Sicherheit alles dafür tun, dass die NATO ein langes Leben hat.

Eine spannende Lektüre wünscht
Berthold Kohler

Herausgeber



Frankfurter Allgemeine Quarterly, 12.09.2024

In der Allianz schwelen tiefgreifende Konflikte. Im Fokus: die Ukraine und das Verhältnis zu Amerika. Nach der Wiederwahl Donald Trumps könnten sie sich dramatisch verstärken.

Von Thomas Gutschker

Als sich die Staats- und Regierungschefs der NATO im Juli in Washington trafen, um das 75. Bestehen der Allianz zu feiern, inszenierten die amerikanischen Gastgeber eine Art Musical. Ein mit dramatischer Musik unterlegter Film erinnerte an die großen Momente der gemeinsamen Geschichte. Er endete mit dem Motto des Abends: "Unsere Zukunft verteidigen - gemeinsam". Soldaten schmetterten "You'll never walk alone" aus dem Broadway-Klassiker "Carousel". Und Präsident Joe Biden lobte die Allianz als "das größte und wirksamste Verteidigungsbündnis der Weltgeschichte". Amerikaner wussten, dass sie mit ihren Freunden stärker seien. "Wir wissen, dass dies eine heilige Verpflichtung ist", sagte Biden unter dem donnernden Applaus der höchsten Vertreter aller 32 Mitgliedstaaten. Das war die Botschaft, die sie hören wollten.

Aber für wen sprach der amerikanische Präsident da eigentlich? Biden berief sich auf die "überwältigende, überparteiliche Mehrheit der Amerikaner", die wisse, "dass die NATO uns alle sicherer macht". Gewiss, im Andrew W. Mellon Auditorium, wo der Nordatlantikvertrag im April 1949 unterzeichnet worden war, saßen auch republikanische Senatoren. Zudem erwies der demokratische Präsident einem großen republikanischen Vorgänger seine Referenz, Ronald Reagan. Allerdings verneigte er sich damit vor einer Partei, die es so kaum noch gibt. Die Zeiten, in denen es im Kongress eine "überwältigende, überparteiliche Mehrheit" in Fragen der internationalen Sicherheit gab, sind lange vorüber. Die Ukraine musste ein halbes Jahr lang auf Militärhilfe aus Amerika verzichten, weil sich die Abgeordneten im Repräsentantenhaus in dieser zentralen Frage nicht einigen konnten.